

# Kohle raus aus Palawan

## Der Kampf für und wider ein geplantes Kohlekraftwerk inmitten eines Mensch- und Biosphärenreservats

von Thomas Friedrich

*Der Autor ist Ethnologe und untersuchte während einer mehrmonatigen Feldforschung auf Palawan im Rahmen seiner Promotion, wie die Bevölkerung den Klimawandel wahrnimmt und versteht. Sein Buch »Die Lokalisierung des Klimawandels auf den Philippinen« ist bei Springer VS erschienen.*

»Palawan ist einzigartig, Palawan ist anders!«, gehört zu den Aussagen, denen man immer wieder begegnet, wenn man durch die Inselprovinz im Südosten der Philippinen reist und vor allem mit den BewohnerInnen seiner Hauptstadt Puerto Princesa City spricht. Hier sei es nicht wie in anderen Regionen des Archipels, hier sei es sauber und »grün«, vernimmt man allenthalben. Tatsächlich wurde Puerto Princesa City in der Vergangenheit mehrfach zur »Cleanest and Greenest Component City in the Philippines« gekürt, was unter anderem die Folge einer progressiven Umweltpolitik seit Anfang der 1990er Jahre gewesen ist. In den vergangenen Jahrzehnten gelang der lokalen Stadtadministration in bemerkenswerter Weise die Transformation dieser ehemaligen Strafkolonieverwaltung in eine Modellstadt für nachhaltige Entwicklung. Der Insel insgesamt dürfte dies insgesamt dazu verholfen haben, heute eine der Hochburgen des Ökotourismus in Südostasien zu sein.

spät erschlossen wurde, ist noch etwa zur Hälfte mit Wald bedeckt, vornehmlich schwer zugänglichem Urwald, und damit die am stärksten bewaldete Provinz der Philippinen. Die einzigartige Biodiversität, die viele Tier- und Pflanzenarten einschließt, welche nur auf Palawan zu finden sind, hat der Insel unlängst den Namen »the last frontier« eingebracht. Fast die Hälfte aller philippinischen Vogelarten ist auf Palawan zu finden, ebenso wie fast ein Viertel der noch als intakt geltenden Mangrovenwälder. Diese und weitere Gründe führten im Jahr 1992 schließlich dazu, dass die philippinische Regierung ein Gesetz erlies, das – einzig für Palawan – die Gründung einer eigenen Nachhaltigkeitsbehörde vorsah: dem *Palawan Council for Sustainable Development*, PCSD. Diese Institution wurde geschaffen, um Sorge zu tragen, dass die strengen Umweltgesetze, die sie selbst erlässt, auch umgesetzt und eingehalten werden. Dazu gehören seit einigen Jahren auch Maßnahmen des Klimaschutzes, die allerdings stets mit anderen Zielen des Umweltschutzes oder der Armutsbekämpfung verbunden werden. In pragmatischer Weise behandelt der PCSD den Klimawandel damit weniger als ein globales Problem als ein Mittel zur Lösung lokaler Probleme. Die Herausforderung, der er sich gegenüber sieht, ist bereits im Begriff »nachhaltige Entwicklung« angelegt. Sie besteht darin, den Spagat zu meistern zwischen konsequentem Umwelt-, Ressourcen- und Artenschutz, aber eben auch der wirt-

### Schützenswerte Biodiversität

Vorangetrieben wurde dieser Veränderungsprozess zudem durch die Ernennung der Provinz zu einem besonders schützenswerten Mensch- und Biosphärenreservat durch die UNESCO im Jahr 1990. Palawan, das erst in den 1970er Jahren und damit sehr



*Demonstrierende karikieren mit Postern die systematische Zerstörung der Umwelt durch die Bewilligung von Großprojekten durch das PCSD*  
© Thomas Friedrich



schaftlichen Förderung, der Einkommenssicherheit oder der Gewährleistung des Zugangs zu Energie für die Bevölkerung. So ist es denn auch zu erklären, dass seit dem Bestehen des PCSD und mit der ausdrücklichen Freigabe dieser Behörde Berg- und Tagebauprojekte auf Palawan bewilligt wurden, obwohl dies unter anderem zur Abholzung großer Waldflächen geführt hat. Auch, weil die Schürfründe fernab der Hauptstadt liegen, hat dies jedoch nie größeren Protest hervorgerufen. Dies änderte sich allerdings, als die Pläne für die Errichtung eines Kohlekraftwerks auf Palawan bekannt wurden, was einen fortwährenden Konflikt zwischen seinen BefürworterInnen und dessen GegnerInnen entfachte.

### Widerstand gegen Kohlekraft

Die Kontroverse begann im Jahr 2011, als der Energieversorger der Insel mit dem DMCI-Konzern, einem der größten Konglomerate der Philippinen, das vielseitig in der Bau-, Bergbau-, Immobilien- und Energiebranche tätig ist, einen Vertrag zur Errichtung von insgesamt zwei Kraftwerken auf der Insel abschloss, um – so die offizielle Begründung – aufgrund des steigenden Energiebedarfs einer baldigen Energiekrise vorzubeugen. Als geeigneter Ort für die Errichtung des ersten Kraftwerks wurde die Gemeinde Narra, südlich von Puerto Princesa City, identifiziert. Was folgte, waren lokaler und internationaler Protest, da sich direkt gegenüber des vorgesehenen Baugrunds die kleine Insel Rasa befindet, welche die weltweit größte noch verbliebene Population des stark gefährdeten philippinischen Kakadu (lokaler Name: Katala) beherbergt. Schnell wurde diese Vogelart zum Symboltier der beginnenden Protestbewegung »NO TO COAL in Palawan«. Dem anhaltenden Widerstand der lokalen Bevölkerung war es schließlich zu verdanken, dass die Kraftwerkspläne für Narra letztlich verworfen werden mussten, allerdings nur um in der nördlich angrenzenden Gemeinde Aborlan wieder aufgenommen zu

werden. Der Protest ebte infolgedessen jedoch keineswegs ab. Im Gegenteil: Der bisherige Widerstand aus Narra schloss sich nun der Nachbargemeinde an und wuchs damit weiter. Auch aus der Hauptstadt, die ebenfalls an Narra angrenzt, kam weitere Unterstützung, denn mehr und mehr setzte sich die Überzeugung durch, dass es sich hierbei nicht nur um ein Problem für die jeweiligen Gemeinden handelt, sondern um eine Angelegenheit, die Palawan als Ganzes betrifft. Entlang solcher Schlagworte wie Naturschutz, Nachhaltigkeit, Gesundheit, Tourismus, Biodiversitätserhalt, Schutz indigener Landrechte, Klimaschutz usw. entfalteten sich die Argumente der Gegner gegen die Errichtung eines Kohlekraftwerks inmitten dieses einzigartigen Mensch- und Biosphärenreservats, um dessen Status sie nun fürchteten.

### Bewusstseins- und Klimawandel

Dass der Klimawandel als Argument zunächst eine eher untergeordnete Rolle in der Argumentation der Bewegung spielte, änderte sich schlagartig im November 2013, als Supertaifun Haiyan (lokaler Name: Yolanda) die Philippinen mit einer unvorstellbaren Gewalt verwüstete, die selbst dieses sturmerprobte Land noch nicht erlebt hatte. Mit seinen vielen tausenden Toten bildete dieses beispiellose Extremwetterereignis eine historische Zäsur für das Archipel und seine Bevölkerung. In den nationalen Medien, politischen Diskussionsrunden, Talkshows usw. wurden in den Tagen und Wochen nach der Katastrophe den verantwortlichen Regierungsvertretern teils schwere Vorwürfe gemacht, sie hätten die Bevölkerung im Vorfeld nur unzureichend informiert und geschützt. Diese versicherten wiederum, alle üblichen Vorkehrungen getroffen zu haben und führten den Klimawandel als dominantes Erklärungsmodell für die außergewöhnliche Stärke des Taifuns an. Präventivmaßnahmen, die sich bisher bewährten, müssten daher nun überdacht und an die extremer werdenden Wetterbedingungen angepasst werden.

Auch für die NO-TO-COAL-Bewegung auf Palawan gelangte das Thema Klimawandel nun stärker in den Vordergrund. Zwar blieb die Provinz fast vollständig von den Verwüstungen des Supertaifuns verschont, doch zum Gegenstand lokaler Politik wurde Yolanda allein schon dadurch, dass der Widerstand gegen das Kohlekraftwerk nun regelrechten Rückenwind bekam. So fand bereits drei Wochen nach der Katastrophe die bis dahin größte Straßendemonstration der Bewegung in Puerto Princesa City statt. Bis zu 200 Menschen aus der Hauptstadt sowie den Gemeinden Aborlan und Narra versammelten sich vor dem Amtssitz des Gouverneurs von Palawan, einem der stärksten Befürworter des Kraftwerks, und präsentierten lautstark ihre Protestplakate. Zu lesen war darauf unter anderem »We want coal-

free Palawan«, »From 'last' frontier to 'lost' frontier« oder »Breaking news: Typhoon COALanda hits Palawan«. Eines der Poster verballhornte gar den PCSD, dem auch der Gouverneur angehört, zum »Palawan Council for Systematic Destruction«, was als deutliche Kritik daran zu verstehen war, dass die Behörde trotz der strengen Umweltauflagen auch weiterhin den Bau von Kraftwerken und anderen Großprojekten bewilligt (Abb. 1).

### Prominente Unterstützung

Neben einflussreichen GegnerInnen hat die Bewegung allerdings auch prominente UnterstützerInnen. Einer von ihnen ist der ehemalige Klimawandelkommissar Naderev »Yeb« Saño, der sich zur Zeit des Straßenprotests öffentlich gegen das Kraftwerk aussprach. Noch kurz zuvor hatte er als Chefunterhändler der Philippinen auf der UN-Klimaverhandlung in Polen (COP19) zum zweiten Mal infolge einen emotionalen Appell an die Weltgemeinschaft gerichtet, in der er seine Weigerung zum Ausdruck brachte zu akzeptieren, dass Supertaifone wie Yolanda (und im Jahr zuvor Supertaifun Pablo bzw. Bopha) eine neue, unveränderliche Realität darstellen, an die sich die philippinische Bevölkerung in Zukunft gewöhnen müsse. Zwischen Saño und den OrganisatorInnen der NO-TO-COAL-Bewegung entwickelte sich ein reger Austausch, der seine Zeit als Klimawandelkommissar auch überdauern sollte. Beispielhaft drückt sich dies in einem Foto aus, welches er Ende 2015 auf Facebook veröffentlichte. Es zeigt ihn vor dem Petersdom im Vatikan stehend, nur wenige Monate nach der Veröffentlichung der viel beachteten Umweltenzyklika »Laudato Si'«, in der sich Papst Franziskus explizit gegen die Verwendung fossiler Brennstoffe ausspricht und Klimaschutz zu einer moralischen Maxime aller Katholiken erhebt. Der streng gläubige Saño, der seinen Regierungsjob zuvor gekündigt hatte und zum Führungsmitglied einer internationalen und multireligiösen Klimaschutzbewegung geworden ist (heute ist er übrigens Geschäftsführer von »Greenpeace Southeast Asia«), zeigt sich auf diesem Foto mit den GegnerInnen des Kohlekraftwerks auf Palawan solidarisch (Abb. 2). Nach einer päpstlichen Audienz wanderte er anschließend mit einer Gruppe von »KlimapilgerInnen« zu Fuß zu den Klimaverhandlungen nach Paris (COP21). Sowohl die Unterstützung Saños als auch die Umweltenzyklika stärkten den lokalen Protest auf Palawan. Neben einer nun engeren Zusammenarbeit mit katholischen KirchenvertreterInnen verband sich die NO-TO-COAL-Bewegung schließlich auch mit anderen überregionalen Klimaschutznetzwerken, etwa dem »Climate Justice Movement« in der philippinischen Hauptstadt Manila, dem auch Saño nahesteht.



### Konflikt mit offenem Ende

Der nun schon mehrere Jahre andauernde Kampf für und wider das Kraftwerk ist noch längst nicht endgültig entschieden. Zu oft gab es bereits Teil- und Misserfolge für beide Seiten mit oft überraschenden Wendungen. Zu viele Parteien und Interessen sind bei diesem komplexen Entscheidungs- und Aushandlungsprozess involviert, was auch in der besonderen Gesetzeslage auf Palawan und dem ausgeprägten ökologischen Bewusstsein und Engagement seiner Bevölkerung begründet liegt. Infolge des Supertaiuns Yolanda hat die Protestbewegung eine weitere Bekräftigung erfahren, indem sich Umwelt- und Klimaschutzdiskurs enger miteinander verbanden. Die ambivalente Rolle des PCSD lässt sich einerseits auf die Struktur der Behörde zurückführen und andererseits auf die Tatsache, dass der Begriff »nachhaltige Entwicklung« selbst nicht frei von Widersprüchen ist und unterschiedlich ausgelegt werden kann. Jede Organisation, Institution und Behörde mit Entscheidungsbefugnis besteht am Ende eben auch nur aus Menschen, die – sei es aus Überzeugung, politischem Druck oder persönlichem Interesse – die Interpretationsräume auch der bestgemeintesten Gesetze mal auf diese und mal auf jene Weise zu nutzen wissen. Ungeachtet der berechtigten Kritik am PCSD ist aber festzustellen, dass Palawan in Sachen Umwelt- und Klimaschutz vorbildhaft ist und eine echte Chance hat, den begonnen Weg als Modellregion weiterzugehen. Es bleibt abzuwarten, ob es die Besonderheiten der Provinz ermöglichen, dies auch bei den seit Jahren stark steigenden Bevölkerungs- und Touristenzahlen zu gewährleisten, oder ob Palawan irgendwann dasselbe Schicksal erleidet und zum Opfer seines eigenen Erfolgs wird wie andere sogenannte Paradiesinseln. ■

*Demonstrantinnen kämpfen für die Bewahrung der Umwelt und die Rechte der indigenen Gemeinden*  
© Thomas Friedrich